Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats= und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 662/5 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.); Jul. Elbau, Berlin. Unverangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Rochftrage 22-26

Fernsprech - Zentrale Ullstein, Moritsplatz 11 800 bis 1185.

Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteitungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonte Berlin 660,

Deutschlands Hilfsattion für Rußland

Bilbung eines Silfstomitees.

Jur Durchführung der geplanten Hilfsaktion sür Mußland sand gestern auf Einladung des Präsidenten des Deutschen Roten Rreuzes, Landesdirektor v. Winterseldt, eine Besprechung statt, an der u. a. die Bertreter der Reichsvessorts und sast alle politischen Parteien, serner Prosessort der medizinischen Fatultät, Bertreter von Finanz und Industrie und sührende Persönlickseiten des Deutschen Roten Areuzes auch von auswärts teilnahmen. Under den Geladenen, die ihr Fernbleiben entschuldigt hatten, betonte Gerhart Hauptmann nochmals sein warmes Interesse sür die Sache; er stellte sich dem Deutschen Koten Areuz zur Witarbeit zur Bersitzung.

Der Borsigende herr v. Winterfeldt hob in einer Ansprache hervor, daß das Deutsche Rote Kreuz durch seine internationalen Rote-Arenz-Berbindungen und durch seine Grundsätze verpflichtet sei, über alle Rassen-, Klassen-, Partei- und nationalen Gegenfähe hinweg jede erreichbare Not zu lindern, und daß es deshalb die Hilfsaktion für Rufland übernommen habe. Diefe Attion miffe eine Sache bes gesamben deutschen Bolltes sein und könne mir gelingen, wenn fie alle Bevollterungsschichten hinter sich habe. Gin internationaler Zusammenschluß zum hilfswert sei zu erstreben. Für uns Deutsche als nächste Nachbarn Rußlands komme aber noch hinzu, daß wir schon aus gesundem Egaismus einzugreifen haben, um die brobende Geuchen. gefahr von unseren Grenzen abzuwehren. Unter allgemeiner Zustimmung zu diesen Ausfilhrungen wurde während der Beratung einmiltig festgesbellt, die Hilfsattion set unbedingt notwendig und ebenso notwerig thre Zentralifation beim Roten Rreus, damit eine Zersplitterung vermieden werde.

Noch Borschlag des Kerrn v. Winterfeldt konstituierte sich die Berjammung als ein alle Kreise umfapendes pitstomitee, das sich noch ergänzen wird. Weiterhin wurde zur Durchführung der praktischen Arbeit ein Präsidalausschuß gebildet, dem vorläusig solgende Persönlichteiten beigetreben sind: der Präsident des Deutschen Kreuzes, Landesdirester v. Winterfeldt; der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat v. Bumm; der Präsident der Berliner Handelslammer Franz v. Mendelschu; der Bizepräsident der Handelslammer, Conrad v. Borsig; der Rettor der Universität, Geheimrat Dr. Nernst; deheimrat Pros. T. Ternst; als Bertreter politischer Parteien die Abgg. Pros. D.. Hoehsch, Georg Streiter, Partels, Dr. Moses; die Bankbireldoren Galomonsohn und Wasserwann; Bankier E. L. Friedmann; Herr Gusseld, Windschladelb.

Der Pressibialausschuß wird im wesentlichen mit der Geschäftsführung des Deutschen Roten Kreuzes Hand in Hand arbeiten. Es sollen für die einzelnen Gediebe (Finanzen, Hygiene u. a.) besondere Kommissionen gebildet werden.

Die angeblichen ruffisch-französischen Berhandlungen.

"Ein beutsch-französischer Attionsplan."

wf **Paris**, 3. August.

Das Ministerium des Aeußern dementiert die Nachricht, daß Berhandlungen zwischen einem Bertreter der französischen Argierung und Krassin zwecks Anertennung der äußeren Schuld Rußlands durch die Sowjets eingeleitet worden seine. Der frühere Botschafter in Petersburg Louis, dessen Namen in Berbindung mit diesen Gerüchten genannt wurde, ist im vorigen Jahre gestorben, und der frühere Botschafter in Petersburg Roulens ersuchte den "Temps", sestzustellen, daß ihm von Berhandlungen mit den Sowjets nichts besannt sei.

Trog diefes Dementis wollen die Meldungen über ruffifch-frangofifche Pourparlers nicht verftummen. "Deuvre" behauptet jest sogar, daß ein "deutscheinen an dösischer Attionsplan für die Unterstügung Rufilands" aufgestellt sei, der dem Obersten Rat vorgelegt werden solle. Dieses freilich abenteuerlich anmutende Projett foll das Ergebnis von Besprechungen fein, die der frühere frangofifche Botichafter in Betersburg Roulens - ber, wie gefagt, aber die Berhandlungen beftreitet - mit einem Bertrauensmann Rraffins und einem Bertreter der Dresdner Bant, ber als Bevollmächtigter ber "vier größten beutschen Bonten, ber fogenannten vier D.Banten", an ben Berhandlungen teilnahm, gehabt hat. Der Bertrauensmann Kraffins fei von ben Bedingungen unterrichtet worden, von benen Frankreich feine Beteiligung an der hilfeleiftung abhängig machen muffe, und habe entfprechende Busicherungen gegeben. Die Comjetregierung werbe alle früheren äußeren Schulden Ruß. Iands anertennen und alle induftriellen, tommerziellen und sonstigen Konzessionen, die Franzosen in Ruffland zuerkannt waren, aufrechterhalten. Es foll ben Delegierten Frantreichs, Deutschlands, Englands und ber Bereinigten Staaten überlaffen bleiben, Büniche für die Borteile ju außern, die Rufland ihnen als Garantie für ihre Ausgaben und als Lohn für ihre Bemühungen guertennen foll.

Der Ententeschritt in Berlin.

Die drei Botschafter bei Rosen.

Um die Mittagsstunde erschienen im Auswärtigen Amt bei dem Minister Dr. Rosen die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens, Lord d'Abernon, Laurent und Frassati, und überreichten dem Außenminister im Namen der drei Regierungen eine gemeinsame kurze Rote:

Berlin, 8. August.

Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Geschäftsträger Italiens beehren sich im Auftrage Ihrer Regierungen, die Deutsche Regierung zu ersuchen, die nötigen Borkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliterter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesen in jedem Augenblick nötig machen könnte."

An die Ueberreichung der schriftlichen Note schloß sich eine mündliche Erörterung. Es wurde von den Botschaftern dabei hinzugesügt, daß es sich bei diesem Ersuchen nicht darum handle, schon sett und sosort Truppen nach Oberschlessen zu besördern. Ob und wann ein solches Berlangen gestellt würde, wurde nicht erwähnt.

Außenminister Dr. Kosen antwortete, daß diese Stellungnahme ber alliterten Mäckte durchaus dem von der deutschen Regierung in der Frage der Truppentransporte bisher eingenommenen Standpunkt entspräche. Die deutsche Regierung hat school in ihrer ersten Antwort auf das von der französischen Regierung gestellte Verlangen erklärt, daß sie bereit sei, gemäß den Verpslichtungen des Versailler Friedensvertrages den Transport von Truppen nach Oberschlesien zu erleichtern, wenn dieses Verlangen von allen drei allierten Mächten gestellt werden sollte. Außenminister Dr. Rosen erklärte sich bereit, sich in diesem Sinne sosort an den Reichsberkenminister zu wenden, um das Geeignete zu veranlassen. Damit endete die Vesprechung.

Die Entwicklung des Konflifts.

Amtliche Melbung.

Berlin, 8. August. (W. T. B.)

Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Aruppensendung nach Oberschlessen in der ausländischen Presse Mitteilungen erschienen sind, welche die Zwischenverhandlungen betrafen, und nachdem der Wortlaut eines Briefes veröffentlicht wurde, den der Reichsminister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in Berlin gerichtet hatte, sei nochmals im Zusammenhang auf die Entwicklung hingewiesen, welche die Frage des Truppentransportes nach Oberschlessen genommen hat.

Bei der Uebergabe der frangösischen Note vom 16. Juli erhob der französische Botschafter neben anderen Forderungen auch die Forder rung, Deutschland solle unverzüglich alle Bortehrungen treffen, um ben Durchtransport einer neuen frangofischen Division nach Oberfclesien zu forbern. Ghe bie beutsche Regierung bie frangofische Note beantwortet hatte, murbe ber frangösische Botichafter am 23. Juli bei bem Minifter Rofen erneut porftellig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis qu bemfelben Abend ertlären, ob fie der Forderung bezüglich des Truppentransportes nachkommen wolle. Um Abend des gleichen Tages überreichte bie bentiche Regierung gusammen mit ber Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsminifters bes Meufieren, beffen Inhalt ber Deffentlichkeit bereits bekannt ift. In diesem Schreiben stellte sich die beutsche Regierung auf ben Standpunkt, baf fle bereit fei, ben Bestimmungen bes Berfailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzutommen, daß sie jeboch gunächft um Mitteilung barüber bitten muffe, ob bas Ersuchen ber frangöfischen Regierung in biesem Falle im Ramen ber brei Ottupationsmächte geftellt fet.

Am solgenden Tage, nach Renntnisnahme diese Briefes, ex. schien ber französische Botlchaften beim Reichs. schnikken ber französische Botlchaften beim Reichs. Tanzler, ber ihn in Gegenwart des Reichsministers des Aeuferen empfing. Herr Laurent erklärte, daß die in dem Briese des Ministers des Aeufern gegebene Antwort nicht gensige und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Ersuchen der französischen Regierung französische Bertärkungen nach Oberschlessen zu befördern bereit sei.

Sierauf wurde bem franzöfischen Botichafter unter bem 29. v. M. eine schriftliche Antwort erteilt. In dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im hindlic auf die große Berantwortung, welche sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernehme, für ihre Pflicht

gehalten, ihrerseits bei ben beteiligten Regierungen anzufragen, ob auch diese den Truppentransport nach Oberschlessen verlangen. Die deutsche Regierung machte in diesem Schreiben daraufausmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegensiber betrachte, welche in Oberschlessen die Oktupationsmacht ausüben, und knüpste hieran die Hospinung, daß die französische Regierung die Motive, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage hatte leiten lassen, verstehen und würdigen

Da inzwischen die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlesien im Mai d. J. einen Präzedenzsall für die französische Forderung darstelle, lenkte die deutsche Regierung gleichzeitig die Ausmerksamteit auf die deutsche Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweiselse srei ergibt, daß die Entsendung der britischen Verstärkungen nach Oberschlessen dei allen bebeiligten allierten Regierungen als gesmeinsamer Schritt derselben beantragt worden sei.

In den auf dieses Schreiben solgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransports auf der demmächst stattsindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden solle. Sie eichtete deswegen an den französischen Botschafter ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit ihrer Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anextennen werde.

Auf diese lette Mitteilung des deutschen Standpunktes erfolgte der oben bekanntgegebene Schritt der allierten Regierungen, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden hat.

Der gemeinsame Schritt der Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens bet der deutschen Regierung, der ursprünglich am Montag erfolgen sollte, ist gestern zur Tat geworden. Die Bertreter der drei Mächte haben die nach langen Berhandlungen zwischen Paris und London am 30. Juli vereindarte Erklärung über die Frage der Truppensenburgen and Oberschlesie nabgegeben und damit einen Zwischenfall beendet, der seit Mitte Juli geschwebt hatte und zu wiederhalten Walen einen gesührlichen Charakter anzunehmen schien.

Ueber die kritischen Wochen, die hinker uns liegen, gibt die deutsche Regierung sest eine kurze zusammenfassende Darstellung, die sich darauf beschränkt, den äußeren Verlauf zu schildern, ohne den Versuch zu machen, den inneren Zusammenhang zu erklären. Neu ist darin die Schilderung der offenbar sehr scharfen Auseinandersetzung am 24. Juli.

Dieser Sonntagsbesuch Laurents beim Reichstanzler bilbete den Höhepunkt der Krise. Wenn man aus den sehr porsichtigen Andeutungen der französischen Presse auf den hintergrund bieser Vorkommuisse Schlüsse ziehen darf, so scheint es, als ob der deutschen Deffentlichkeit nicht genigend jum Bewußtsein getommen ift, daß gleichzeitig ein englischer Einspruch gegen die deutsch-französischen Verhandlungen über Sachleiftungen, die durch die Begegnung von Loucheur und Rathenau in Wiesbaden eingeleitet wurden, erfolgt war. Wie start der englische Druck in dieser Beziehung war, ging für den aufmertsamen Beobachter aus der Rede Rathenaus vor dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates hervor, die in ihrem Schlußabsatz sich bemühte, die "englischen Besorgnisse" zu zerstreuen. Bei den Verhandlungen mit Frankreich handelt es sich letten Endes um die Frage, ob aus der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen eine Berbindung der europätschen Wirtschaft hervorgeht, die im Lauf der Zeit die stärtste Garantie für die dauernde Erhaltung des Friedens bedeuten und damit die ständige Unruhe in ben Beziehungen ber beiben Rachbarlander ausschalten würde. In Baris hat man die Bebeutung des frangösischen Einspruchs offenbar viel lebhafter empfunden als in Berlin, wo die oberschlesische Frage in ihrer Isoliertheit betrachtet wurde. Es scheint, daß ein scharfer Gegensak zwischen Briand und leitenden Beamten des Quai d'Orsay hervorgetreten ist und daß auch der Präsident der Republik eine aktive Rolle gespielt hat, die im Einklang mit der Tatsache stand, daß er als französischer Ministerpräsident im Jahr zuvor das Bagnis auf sich genommen hatte, ohne englische Zu-stimmung die Beselgung von Frankfurt anzuordnen. Offen-bar hat er auch diesmal ein ähnliches Vorgehen empsohlen.

Das schließliche Ergebnis ist bekannt: die Bereinbarung ider den Zusammentritt des Obersten Nates am 8. August und die Formulterung einer gemeinsamen Erklärung in Berlin, die den Sonderschritt Laurents legalisert, ihm aber gleichzeitig die aktuelle Bedeutung nimmt, so daß die Frage der Truppenentsendung, die zunächst als Hauptaktion ersschien, zu einer Episode gewooden ist.